

Kürzen, schikanieren, privatisieren

Konferenz in Berlin befaßte sich am Wochenende mit dem zunehmenden Einfluß der Wirtschaft auf den Bildungssektor

Von Frank Brunner

Wie läßt sich Bildung zu Geld machen? Wie werden Schulen zu Profitcentern? Und wie optimiert man in Universitäten die Produktion von Humankapital? Die Antworten: kürzen, schikanieren, privatisieren. Zu diesem Ergebnis kam am Samstag in Berlin die Konferenz »Bildung ist keine Ware«, die von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und dem Bündnis gegen Privatisierung in Berlin veranstaltet wurde und an der mehr als 100 Lehrer und Elternvertreter teilnahmen.

Uwe Januszewski, Vorsitzender des Berliner Hauptpersonalrates, der obersten Interessenvertretung für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, beanstandete die Kürzungspolitik im Bildungsbereich. »Seit 2001, dem Beginn der Regierungszeit von SPD und Linkspartei, wurden in der Hauptstadt über 31000 Stellen im gesamten Landesdienst abgebaut«, so Januszewski. Die Ergebnisse sind fatal, Kritik ist unerwünscht. So berichtete Thomas Schmidt, Mathelehrer an der Robert-Blum-Oberschule, über die Sanktionsdrohungen des Berliner Senats gegen das Lehrerkollegium seines Gymnasiums in Berlin-Schöneberg. Die Pädagogen hatten gemeinsam mit Eltern und Schülern öffentlich die Bildungspolitik der »rot-roten« Landesregierung kritisiert und die zunehmenden Mittelstreichungen für den Unterrichtsausfall an ihrer Einrichtung verantwortlich gemacht.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll die Drosselung der Bildungsausgaben verstärkt mit Hilfe sogenannter Public-Private-Partnership-Modelle (PPP) kompensiert werden. Verschuldete Kommunen, so der Kerngedanke, werden entlastet, da die Finanzierung von privaten Unternehmen sichergestellt wird, die zudem effektiver arbeiten als staatliche Träger. Soweit die Theorie. Über die Realität, am Beispiel des »Bildungszentrums Ostend« (BZO) in Frankfurt am Main, informierte Christina Wendt von der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. 25 Prozent Kosteneinsparungen sollten durch das PPP-Projekt erzielt werden. Das Resultat: ein Gebäude mit extremen Baumängeln und immense Belastungen für die Stadt. So sind die Klassenräume zu klein und entsprechen nicht dem hessischen Schulgesetz, es fehlen Fluchtwege, Gemeinschaftsräume und eine funktionierende Cafeteria. Trotz dieses Desasters muß die Stadt Frankfurt in den nächsten zwanzig Jahren allein 102 Millionen Euro Miete an den Investor zahlen. Hinzu kommen Honorare für private Beraterfirmen und eine jährliche Betriebskostenpauschale.

Privatisiert werden nicht nur Immobilien. Es sei problematisch, so der Politikwissenschaftler Alex Demirovic, wenn nicht die Wissenschaft, sondern immer mehr die Wirtschaft über Lehrinhalte bestimme. Tatsächlich bekommen privatwirtschaftliche Institutionen, wie etwa die Bertelsmann-Stiftung, einen größeren Einfluß auf den Bildungssektor und reduzieren Lernprozesse auf ihre ökonomische Verwertbarkeit. »Bildung muß vorrangig der Sicherung des Standortes dienen«, heißt es dann auch in einer Veröffentlichung des Kuratoriums der deutschen Wirtschaft.

Überraschend sind solche Entwicklungen kaum. »Weltweit sind Milliarden auf der Suche nach profitablen Anlagen im Umlauf, wer glaubt, die Bildung bleibt davon verschont, irrt sich«, so der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne. Was tun? »Bildungspolitische Entscheidungen dürfen nicht dem Marktmechanismus überlassen werden«, forderte Thöne. Mathelehrer Schmidt verlangte dagegen auch von den Gewerkschaften mehr Initiative. Diese sollten ihr zeitweise taktierendes Verhalten ablegen und offensiver agieren, so der Pädagoge. Die Konferenzteilnehmer verabschiedeten am Ende der Veranstaltung eine Resolution gegen die zunehmende Kommerzialisierung von Bildung.